



Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)

Geschäftsführung
Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709
Fax: (0221)
E-Mail: Andrea.brohl@stadt-koeln.de

Datum: 10.11.2023

Niederschrift

über die **22. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 19.10.2023, 16:00 Uhr bis 20:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Bezirksbürgermeister Andreas Hupke	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Antje Kosubek	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Günter Leitner	CDU
Herr Alicem Polat	SPD
Frau Julie Cazier	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Ismail Arabaci	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Stefan Fischer	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Martin Herndorf	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Mildred Utku	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Tim Cremer	SPD
Herr Mario Schmitz	CDU
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Gunda Wienke	DIE LINKE.
Herr Christian Nüsser	FDP
Frau Dr. Verena Holzer-Henke	Klima Freunde
Frau Sabine Kader	Die PARTEI

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Hans Schwanitz GRÜNE

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Maria Flöge-Becker

Gäste

Frau Ute Palm auf Vorschlag Arbeitskreises Barrierefreies Köln

Schriftführung

Frau Andrea Brohl

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Elmar Spilles	CDU
Herr Klaus Vinçon	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Regina Börschel	SPD

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Manuel Froh	Volt
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Maria Helmis-Arend	SPD
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Lukas Lorenz	SPD
Herr Dirk Michel	CDU
Herr Floris Rudolph	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Sandra Schneeloch	GRÜNE
Herr Ralph Sterck	FDP
Herr Artur Tybussek	CDU
Herr Florian Weber	CDU

Herr Bezirksbürgermeister Hupke eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Er gratuliert Frau Cazier, Herrn Vinçon und Frau Wienke, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, meldet zu der heute eingegangenen Beschlussvorlage TOP 3.17 Beratungsbedarf an. Die Beantwortung zu TOP 6.1.3 bittet sie im öffentlichen Teil vorzunehmen und TOP 5.2.5 von der TO zu nehmen, da die Stadtmöblierung laut Mietvertrag in der nächsten Woche entfernt werde und damit der Antrag überflüssig sei.

Herr Nüsser, FDP, bittet TOP 3.6 ohne Votum in den Rat zu geben, so wie der Stadtentwicklungsausschuss dies gemacht habe, da auch über Belange aus dem Bezirk Porz entschieden werden soll.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, entgegnet, dass das Thema „Hochpunkt Siegburger Straße“ nicht zum ersten Mal auf der Tagesordnung der Bezirksvertretung Innenstadt stehe. Es gebe Begehrlichkeiten der Bezirksvertretung Porz, die nicht allein nach seiner Einschätzung unbegründet seien. Es sei von Verschattung die Rede, die aber nicht möglich sei. Er sehe sich durchaus in der Lage über die Beschlussvorlage abzustimmen.

Frau Kosubek, B90/Die Grünen, beantragt zu TOP 4.2 einen Ortstermin mit der Fachverwaltung und den Petenten.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass zu TOP 3.5 ein Wiedervorlageverzicht beschlossen worden sei und dieser TOP aufgrund eines unveränderten Beschlusses des Stadtentwicklungsausschusses erledigt sei. Die Beschlussvorlage TOP 3.8 habe der vorberatende Ausschuss Kunst und Kultur zurückgestellt, daher soll die Entscheidung der Bezirksvertretung noch nicht erfolgen. Zu den Bürgerangaben TOP 4.1 und 4.3 bittet jeweils der Petent diese zurückzustellen.

Herr Cremer, SPD, möchte zu 3.6 so, wie von Herrn Nüsser vorgeschlagen, verfahren. Dies habe nichts damit zu tun, dass man sich nicht kompetent fühle, sondern es gebe widerstreitende Interessen der beiden Stadtbezirke. Der Rat sei an dieser Stelle das originäre Gremium, wo dann Meinungsbildungsprozess stattfinde und eine vernünftige Lösung gefunden werde.

Ratsmitglied Schwanitz, B90/Die Grünen, dankt Herrn Cremer für das Vertrauen in die gesamtstädtische Betrachtungsweise auf Ratsebene. Im Stadtentwicklungsausschuss habe man diskutiert und festgestellt, dass es nur die BV 1 betreffe, weil eine Verschattung bis nach Poll sehr überschaubar sei.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke appelliert, dass Unternehmen eine Planungssicherheit benötigen. Die bisherigen Beschlüsse in dieser Sache seien mit breiter Mehrheit gefasst worden. Es sei eine Selbstverzweigung das Anhörungsrecht nicht wahrzunehmen.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, versteht das Anliegen überhaupt nicht, da der Rat das Beschlussorgan sei und die Bezirksvertretung Innenstadt angehört werde.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke lässt über den Antrag der FDP TOP 3.6 ohne Votum in den Rat zu geben abstimmen:

Mit Stimmenmehrheit von B90/Die Grünen, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei gegen die Stimmen von SPD, CDU und FDP **mehrheitlich abgelehnt**.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

- 1.1 Vortrag - Partizipation Jugendliche - Misch mit - Koordinationsstelle Kinderfreundliche Kommune, Frau Mörtl und Frau Latzer-Schulte
- 1.2 Austausch mit Herrn Charles, Beigeordneter für Kunst und Kultur
 - Via Culturalis
 - Aufstellung von Kunst im öffentlichen Raum
 - Einbruch in das Museum für ostasiatische Kunst
- 1.3 Vortrag - Planungen 11.11.2023, Amt für öffentliche Ordnung
- 1.4 Aktuelle Stunde zur Zukunft des Bezirksrathauses am Laurenz Carré, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD und Die Linke
AN/1806/2023

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

3 Verwaltungsvorlagen

- 3.1 Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die Instandsetzung der Parkpalette Jakobstraße/Josephstraße
3038/2022
vertagt am 24.08.2023

- 3.2 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke -
hier: Schienenersatzkonzept für den Zeitraum der Stadtbahnspernung in 2024
(Bauphase IIb)
2350/2023
- 3.3 Baubeschluss für die Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz
2646/2022
- 3.4 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss zur Aufzugsnachrüstung der
Stadtbahnhaltestelle Reichenspergerplatz inkl. Brandschutzsanierung, Bahn-
steiganhebung und erforderlicher technischer Aufrüstung
1337/2023
- 3.5 Qualifizierungsmaßnahme für den Freiraum im Baublock zwischen Trierer,
Mosel-, Pfälzer und Luxemburger Straße in Köln-Neustadt/Süd als Grundlage
für die Bauleitplanung
hier: Erweiterter Planungsbeschluss über die Ergebnisse der Öffentlichkeits-
beteiligung und die Vorentwurfsplanung (LPH2)
0790/2023
Eine Beratung erübrigt sich, da der StEA ohne Änderung zugestimmt hat.
- 3.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Be-
bauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer
694333/02, Arbeitstitel: "Hochpunkt Siegburger Straße" in Köln Deutz
1872/2023
- 3.7 Neubau für die Grundschule Antwerpener Straße 19-29, 50672 Köln-Neu-
stadt-Nord - Baubeschluss
0981/2023
- 3.8 Dauerhafte Aufstellung der Rodin-Skulptur am Neumarkt
1261/2023
*wird zurückgestellt, da der vorberatende Ausschuss Kunst und Kultur zurück-
gestellt hat*
- 3.9 Erhöhung der Treppengeländer im Bürgerhaus Stollwerck - Planungsbe-
schluss
2334/2023
- 3.10 Neuverpachtung der Gastronomie im Bürgerhaus Stollwerck
0041/2023
- 3.11 Installation des Würfelbrunnens auf dem Monschauer Platz
1896/2023
- 3.12 Straßen- und Wegekonzept der Stadt Köln gemäß § 8a KAG - Fortschreibung
2024 bis 2028
2499/2023

- 3.13 Vergabe Stadtklima- und Stadtverschönerungsmittel 2023 im Stadtbezirk Innenstadt Teil II
2788/2023
- 3.14 Vergabe von bezirksorientierte Mittel und Mitteln zur Kulturförderung für den Stadtbezirk Innenstadt, Teil 2.2
3088/2023
- 3.15 Ehrung der Sportlerinnen und Sportler im Stadtbezirk Innenstadt
3144/2023
- 3.16 Fertigstellung der Außenanlagen im Opernquartier
2528/2023
- 3.17 Durchführung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen NRW-Tages in 2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung 2024 in Köln
3135/2023
- 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Umgestaltung Neumarkt (Az.: 02-1600-211-22)
2202/2023
Soll auf Bitte des Petenten zurückgestellt werden.
- 4.2 Bürgereingabe nach § 24 GO Bücherschrank auf dem Spielplatz Buschgasse / An der Eiche
2892/2023
- 4.3 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Bonner Straße - zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall - Einrichtung einer 30er Zone", AZ.: 35/23
2795/2023
Soll auf Bitte des Petenten zurückgestellt werden.
- 5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)**
- 5.1 Anträge aus früheren Sitzungen
- 5.2 Anträge zu dieser Sitzung
- 5.2.1 Anpassung der umgesetzten verkehrlichen Maßnahmen und Umsetzung weiterer Maßnahmen auf der Eburonenstraße, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/1761/2023

- 5.2.2 Runder Tisch in der Wohnsiedlung Siegburger Straße/Deutzer Freiheit – Hilferuf der Anwohner, Antrag CDU
AN/1748/2023
- 5.2.3 Planung und Errichtung eines Wasserspielplatzes im Rechtsrheinischen Köln, Antrag FDP
AN/1765/2023
- 5.2.4 Radparken im Umfeld von Grund- und weiterführenden Schulen, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei
AN/1764/2023
- 5.2.5 Verkehrsversuch beendet: Stadtmöblierung endlich entfernen!, gem. Antrag CDU und FDP
AN/1774/2023
- 5.2.6 RingGrün - Entsiegelungen im Bereich der Kölner Ringe zwischen Barbarossa-
platz und Ebertplatz, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, Klima-
Freunde und Die Partei
AN/1766/2023
- 5.2.7 Mittel für Klimaanpassungsmaßnahmen, gem. Antrag B90/Die Grünen und
KlimaFreunde
AN/1768/2023
- 5.2.8 Dringlichkeitsantrag zur schnellen Behebung der Baumängel in der Kita Ge-
brüder-Coblenz-Straße, gem. Antrag CDU, B90/Die Grünen, SPD, Die Linke,
FDP, KlimaFreunde und Die Partei
AN/1854/2023
- 5.2.9 Installation von versenkbaren Pollern am Eigelstein, gem. Antrag SPD,
B90/Die Grünen, CDU und Die Linke
AN/1857/2023

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

- 6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen
 - 6.1.1 Veedelsblöcke für Köln - Stand der Planungen, Anfrage Grüne
AN/0153/2023
 - 6.1.2 Tempo 30 wegen Lärm – Sachstand im Bezirk Innenstadt, Anfrage B90/Die
Grünen
AN/0244/2023
 - 6.1.3 Evaluation der Kosten Karneval / Rund um die Zülpicher Straße / Innerer
Grüngürtel
AN/0425/2023
Beantwortung im nichtöffentlichen Teil TOP 3.2

- 6.1.4 Anfrage Verkehrsmaßnahmen Belgisches Viertel, Anfrage B90/Die Grünen AN/0637/2023
 - 6.1.4.1 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktion B90/Die Grünen aus der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 27.04.2023 (AN/0637/2023) betreffend "Verkehrsmaßnahmen Belgisches Viertel" 2370/2023
- 6.1.5 Sachstand Verkehrsberuhigung und Begrünung Kaesenstraße (Antrag AN/0643/2021 aus 2021), Anfrage B90/Die Grünen AN/0814/2023
- 6.1.6 Sachstand Entsiegelung und Umbau Maternuskirchplatz 2023, Anfrage B90/Die Grünen AN/1451/2023
- 6.2 Anfragen zu dieser Sitzung
 - 6.2.1 Zukunft des Rheingartens nach Kragplatte und Fußball WM 2024, Anfrage B90/Die Grünen AN/1772/2023
 - 6.2.2 Stand der Planungen Eierplätzchen, Anfrage B90/Die Grünen AN/1814/2023
- 7 Mündliche Fragen an die Verwaltung**
- 8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 9 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 9.1 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - „Bonner Straße - zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall - Einrichtung einer 30er Zone“, AZ.: 35/23 1971/2023
 - 9.2 Sachstandsbericht zum Prozess "Postkoloniales Erbe der Stadt Köln" 1416/2023
 - 9.3 21. Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln 2205/2023
 - 9.4 Bildungslandschaft Altstadt/Nord Baufeld A Hansa-Gymnasium - Sachstand Stand 1. August 2023 2326/2023
 - 9.5 Sachstand "Umsetzung durchgehender Achsen für den Radverkehr" (gemäß AN/2374/2021) 2560/2023

- 9.6 Gesetz zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren – Umsetzung in Beteiligungsverfahren der Bauleitplanung – 2610/2023
- 9.7 Weiterführung der ISG Severinstraße als freiwilliger Zusammenschluss 2619/2023
- 9.8 Deutzer Hafen: Das Vermarktungs- und Realisierungskonzept als Leitfaden zur Baufeldentwicklung 2668/2023
- 9.9 Aufstellung einer Mobiltoilette im Bereich Skulpturenpark Riehler Straße 2745/2023
- 9.10 RadPendlerRouten-Netz Köln 2810/2023
- 9.11 Auswertung der Beschlüsse der Bezirksvertretungen - Transparenz Finanzvolumen - Auftrag aus der Kommission zur Stärkung der Bezirke, hier: Bezirksvertretung Innenstadt 01/2021 bis 08/2023 3023/2023
- 9.12 Ergebnis des Realisierungswettbewerbs "Colonus Nord" in Köln-Neustadt/Nord 2775/2023
- 9.13 UEFA EURO 2024 "Football Experience" 3030/2023
- 9.14 Urban Sports. - Gesamtkonzept, Bedarfsplanung von öffentlichen BMX-, Skate- und Parkour-Anlagen 3038/2023
- 9.15 Weihnachtsmarkt auf dem Friesenplatz 3018/2023
- 9.16 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion betreffend der Benennung von Straßen nach Frauen und Männern im Stadtbezirk Innenstadt einschließlich Deutz 2670/2023
- 9.17 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Deutzer Hafen: Fragen zur Kosten- und Finanzierungsübersicht, Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu AN/1652/2023 aus der Sitzung vom 31.08.2023 3058/2023
- 9.18 Deutzer Hafen: Kosten- und Finanzierungsübersicht zur städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (Stand 31.12.2022) 2425/2023

- 9.19 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Ausstattung des am Neumarkt geplanten Brunnens mit einer Nachbildung des ersten Prinzenwagens (ein Delphin) als Wasserspender oder Brunnenelement“, Aktenzeichen 29/23 S
3164/2023
- 9.20 Sachstandsbericht
3193/2023

II. Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 2 Verwaltungsvorlagen**
- 3 Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 3.1 Bauprojekt Gilbachstraße/Gladbacher Straße, Anfrage Die Linke
AN/0844/2023
- 3.1.1 AN/0844/2023, Bauprojekt Gilbachstraße/Gladbacher Straße, Anfrage Die Linke
2575/2023
- 3.2 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 27.04.2023 (AN/0425/2023) betreffend der anlässlich des Straßenkarnevals im Umfeld der Zülpicher Straße entstandenen Kost
2363/2023
- 4 Mitteilungen der Verwaltung**
- 5 Bericht aus den Beiräten**
- 5.1 Bericht aus dem Gestaltungsbeirat
- 5.1.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 05.09.2023
3040/2023
- 5.2 Bericht aus dem Kunstbeirat
- 6 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

1.1 Vortrag - Partizipation Jugendliche - Misch mit - Koordinationsstelle Kinderfreundliche Kommune, Frau Mörtl und Frau Latzer-Schulte

Frau Mörtl und Frau Latzer-Schulte, Amt für Kinder, Jugend und Familie, möchten die Bezirksvertretung über den Prozess „Misch MIT“ informieren und stellen die Auswertung des Fachtags und einen Ausblick vor. Frau Latzer Schulte weist auf die vielfältige Beteiligungslandschaft für Kinder und Jugendliche in Köln hin, die auch von vielen genutzt werde. Der „Misch Mit Tag“ am 28.04.2023 fußt auf dem Ratsbeschluss vom 05.05.2022 mit dem das Amt für Kinder, Jugend und Familie beauftragt wurde, einen Fachtag zur Jugendpartizipation zu organisieren und ein gesamtstädtisches Konzept zu dieser Thematik zu entwickeln. Mehr als 300 Besucher konnten sich an 17 Informations- und Aktionsständen sowie 9 Workshops beteiligen. Frau Mörtl erläutert, dass Ziele der Austausch über bestehende Partizipationsmöglichkeiten, das Erleben von Partizipation vor Ort und der Austausch über sinnvolle Erweiterungen oder neue Partizipationsmöglichkeiten waren. Bis Ende 2024 soll ein gemeinsames, gesamtstädtisches Konzept und Verständnis zur Kinder- und Jugendbeteiligung partizipativ mit Kindern und Jugendlichen und Vertreter*innen aus Politik, Trägerlandschaft und Verwaltung erarbeitet, wissenschaftlich evaluiert und vom Rat der Stadt Köln beschlossen werden. Das Begleitgremium AK Misch MIT, der erstmalig im September 2023 getagt hat, bestehe aus Kindern und Jugendlichen, Trägerlandschaft, Politik und Verwaltung, er soll einen ersten Entwurf für ein Gesamtkonzept erarbeiten. Die Bezirksvertretungen können zwei Mitglieder entsenden. In den AK sollen weitere Meinungen von Gremien und Expert*innen einfließen und geprüft werden. Sie fragt, welche Bedarfe Kunden und Jugendliche im Bezirk habe, wie diese abgedeckt werden können, wann das Konzept für die Bezirksvertretung einen Mehrwert darstelle und was nicht im Konzept fehlen dürfe.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, freut sich, dass der Prozess vorangeht und weist auf den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt im Mai 2023 hin. Sie könne keinen konkreten Bedarf benennen. Die Innenstadt habe die meisten weiterführenden Schulen, die Jugendzentren und Hotspots zum Ausgehen und Feiern, daher sei das Thema Jugendvertretung in der Innenstadt sehr wichtig. Auch bei der Gestaltung des öffentlichen Raums sei der Blick auf Kinder und Jugendliche wichtig.

Herr Polat, SPD, konnte als Vertreter des Bezirksbürgermeisters am Fachtag teilnehmen und es sei für Kinder und Jugendliche aber auch darüber hinaus eine Gelegenheit gewesen, Diversität der Kölner Stadtgesellschaft und die Facetten von Kinder- und Jugendbeteiligung kennen zu lernen. Er sei mit Anfang 20 in die Bezirksvertretung gewählt worden und, obwohl er sich politisch engagieren wollte, sei es ihm dennoch schwer. Das Gefühl zu haben, dass die Entwicklung vor der eigenen Haustür von Gremien wie einer Bezirksvertretung abhängen, sei ein Schlüssel mehr Beteiligung in einem ersten Schritt zu schaffen. Das zweite wäre dann eine Repräsentanz für diejenigen, die in der Innenstadt leben, zu schaffen. Die Entwicklung sehe er auf einem sehr guten Weg. Die Bezirksvertretung stelle sich immer wieder die Frage, wem der öffentliche Raum gehöre und dazu gehören auch Kinder und Jugendliche. Wenn man darüber nachdenke wie öffentliche Gestaltung aussehe, könne noch einiges geschehen im Sinne dessen, das vielleicht Sicherheitsgefühl, Partizipation, aber auch freie Bewegung und Entfaltung im öffentlichen Raum, eine soziale Aufgabe sein könne.

Frau Wienke, Die Linke, erklärt, dass man schon einen Schritt weiter sei und Jugendliche aktiv beteiligen wolle, denn diese wüssten sehr gut, wie sie sich politisch äußern.

Kinder und Jugendliche hätten schon vorgetragen und Anträge eingebracht. Es sei großartig wie Kinder sich Gehör verschaffen durch social media, durch Proteste, Fridays for future. Man müsse sie mehr zu Wort kommen lassen. Sie führt aus, dass im Leitbild 2020 mehrere Jugendprojekte angesprochen würden. Seit 1999 gebe es regelmäßig Kinder und Jugendforen in den Stadtteilen und Stadtbezirken, es gebe die Rathauschule und ein Pilotprojekt Kinder planen mit. Hierzu bittet sie, um einen Sachstand zur Entwicklung. Sie findet es schade, dass das Rad immer wieder neu erfunden werden müsse. Sie fragt wie die konkreten Prozesse seien, dies werde in anderen Städten schon gemacht. Ein Mitmachtag sei nett, aber um Kindern und Jugendlichen im politischen Prozess wirklich eine Stimme zu geben, müsse dies anders sein.

Frau Latzer-Schulte weist auf die vielfältige Beteiligungslandschaft hin, die die Grundlage des Konzeptes bilde. Man habe festgestellt, dass es viele Angebote gebe, aber Kinder und Jugendliche sie nicht kennen. Sie sollen besser informiert werden und Synergien zwischen den Angeboten geschaffen oder Angebote aktualisiert werden. Man möchte sich kritisch damit auseinandersetzen, ob alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden und dabei auch Benachteiligte erreichen. Sie ist davon überzeugt, dass man weiterhin einen Partizipationsmix brauche, so vielfältig wie auch die Zielgruppe sei.

Herr Schmitz, CDU, betont, dass das Bewusstsein bei den Kindern, das Politik nicht nur im Fernseh stattfindet, sondern unmittelbar vor ihrer Haustür. Daher sei es wichtig, dass Politik greifbar sei und Kinder und Jugendliche greifbare Ansprechpartner haben. Kinder und Jugendliche werden sicher für sie relevante Themen nennen. Das Thema Spielplätze sei sicher wichtig oder eine Ampel die den Schulweg sichere.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass die Prozesse verzahnt werden müssen und die Themen gesamtstädtisch von der Fachverwaltung geklärt und beantwortet werden.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, weist darauf hin, dass der Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt in Kenntnis der Prüfungen einer gesamtstädtischen Lösung gefasst wurde. Sie beabsichtige mit diesem Antrag, dass hier in diesem Gremium Jugendliche die Möglichkeit haben mit Rederecht teilzunehmen. Ob es in Köln am Ende des Prozesses einen Jugendrat gebe, sei ja noch offen. Dennoch möchte man in der Bezirksvertretung Innenstadt Jugendliche sitzen haben.

Frau Mörtl freut sich, dass in Köln so viel zum Thema Partizipation passiere, es gebe sowohl traditionelle Formate als auch neue Entwicklungen. Es sei wichtig sich zu verzahnen und auszutauschen. Sie ruft die Bezirksvertretung auf, mit Ideen auf sie zuzukommen. Sie weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung eine große Verantwortung habe, wenn sie junge Menschen zur Sitzung einlädt, der sie auch gerecht werden müsse. Auch vor dem Hintergrund der heute erfolgten Diskussionen, müsse sich die Bezirksvertretung die Frage stellen, was das für ihre Sitzung bedeute. Will die Bezirksvertretung eine Sitzung von sieben Stunden aus der Jugendliche herausgehen und sich fragen, was sie sich alles angehört haben oder denken, sie haben keine Ahnung, wovon gesprochen wurde und jetzt wollen die meine Meinung dazu hören? Dies sei ein Prozess. Eine Bezirksvertretung, die möchte, dass sich die Jugendlichen für die Themen der Innenstadt einsetzen wollen, müsse ihnen auch die Möglichkeit dazu bieten. Nur der Beschluss und die Einladung in die Sitzung reiche nicht.

Herr Leitner, CDU, regt an auch die Tagesordnung partizipativ zu erstellen und damit Themenbereiche die Jugendliche betreffen genauso anzusetzen, wie auch Fragen der Barrierefreiheit und vielem anderen mehr, in die Tagesordnung aufzunehmen. Die Jugendlichen müssen ein Stück an die Hand genommen werden und evtl. in einem Arbeitskreis auf die Sitzung vorbereitet werden. Er bittet das Thema des Tagungsgeldes sehr weit zur Seite zu stellen, zuerst müsse überlegt werden, wie man Jugendliche begeistern könne.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke antwortet, dass sofern Jugendliche an der Sitzung teilnehmen würden, diese Themen um 16 Uhr besprochen würden.

1.2 Austausch mit Herrn Charles, Beigeordneter für Kunst und Kultur
- Via Culturalis
- Aufstellung von Kunst im öffentlichen Raum
- Einbruch in das Museum für ostasiatische Kunst

Herr Beigeordneter Charles führt aus, dass die meisten Kulturthemen den Stadtbezirk Innenstadt betreffen. Bei den zahlreichen Bauprojekten gehe es darum, dass diese gut abgearbeitet werden können. Hierzu stehe er im täglichen Austausch mit Herrn Beigeordnetem Greitemann. Die Museen seien in einer starken Transformation, wie auch die Erweiterung der Definition von Museen durch einen Beschluss des internationalen Museumsrats um „Diversität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Nachhaltigkeit und kulturelle Teilhabe“ zeige. Diese weiteren Aufgaben der Museen würden sich auch baulich auswirken. Es stelle sich die Frage, wie das Publikum ein Museum wahrnehmen soll. Wie sollen sich kulturinteressierte Menschen auf der Via Culturalis einmal bewegen, soll alle 20 m ein neues Ticket gelöst und Mantel und Regenschirm abgegeben werden? Es gehe darum gemeinsam in einem Verbund der Museen darüber nachzudenken, wie die Abläufe seien und Besucher für die Inhalte begeistert werden können. Es würden sehr kostenintensive öffentliche Häuser gebaut, die um 11 Uhr geöffnet und um 17 Uhr geschlossen würden. Es müsse über eine weitere Nutzung nach Dienstschluss nachgedacht werden. In einem Forum über die Via Culturalis habe man sich u.a. mit der Leitung des Museumsquartiers in Wien ausgetauscht, es gehe nicht nur um verkehrstechnische und städtebauliche Fragen. Vielmehr müsse geklärt werden, was kulturell zu erwarten sei und wie eine Atmosphäre mitten in der Altstadt geschaffen werden könne, wo man gerne hinkomme, etwas lerne und ein schönes Erlebnis habe. Hierzu müsse eine Projektstruktur aufgebaut werden, die sich um alle Aspekte kümmere. Mit der kulturellen Bespielung auf dem Neumarkt habe man erste Erfahrungen gesammelt, dies seien wichtige Impulse an die Stadt, dass Orte nicht einfach sich selbst überlassen werden, sondern Orte für die Gesellschaft seien, die man genießen und nutzen will.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, fragt wie die Position von Herrn Charles zu Kultur im öffentlichen Raum sei, wie er zum Ebertplatz stehe, wie er die Einbindung der Stadtgesellschaft in die Kultur sehe und wie seine Position zur Besetzung von Leitungsstellen im Kulturbetrieb sei. Sie bittet über den aktuellen Sachstand zum Mahnmal zur Erinnerung des Genozids an den Armeniern zu berichten. Sie begrüßt den Austausch unter den Dezernaten, damit die Großbaustellen im kulturellen Bereich abgestimmt werden und für die Menschen nicht zu großen Belastungen führen.

Herr Beigeordneter Charles führt aus, dass es bei Kultur und Kunst im öffentlichen Raum Initiativen wie am Ebertplatz gebe, aber es gehe auch um die Frage, was sich im öffentlichen Raum realisieren lasse. Ein kleines Team beschäftige sich mit Kulturmanagement und Kulturnutzungen. Dort sollen einzelne Plätze identifiziert werden und die Rahmenbedingungen für diese, um Ideen mit den Orten zusammen zu bringen. Man dürfe aber z. B. zum Neumarkt und Ebertplatz nicht glauben, dass die Kultur soziale Probleme lösen könne. Aber mit einer Bespielung könnten Orte anders belebt werden. Auch bei den Museen interessiere ihn eine Außenraumbespielung mit Gastronomie oder anderen Dingen. Diese Orte würden oft zum Übernachten genutzt, daher müssten Lösungen entwickelt werden, die das Problem tatsächlich lösen. Hierzu sei er mit seinen Dezernentenkollegen im Austausch. Kulturspezifische Leitungsstellen können nicht über eine Ausschreibung des Personalamtes gewonnen werden. Bei den Museumsleitungen handele es sich formal um Amtsleitungen, die Besetzung er-

folge unter Einbindung von Personalamt und Personalrat. Die Vorschläge dieses Gremiums erörtert die Oberbürgermeisterin mit dem Beigeordneten und macht dem Rat dann einen entsprechenden Besetzungsvorschlag. Er bedankt sich für die Vorarbeit der Bezirksvertretung Innenstadt zum Armeniermahnmal. Am 29.09.2023 habe es einen Termin mit der Initiative gegeben, die den Dialogprozess Mahnmal betreffend der Unrechtstaten des deutschen Kaiserreichs während der Kolonialzeit starten will. Der Ratsbeschluss beinhalte den Wunsch, dass es einen klaren Bezug zum Genozid an den Armeniern geben soll, aber auch darüber hinausreichen könne und der Fokus auf den Zeitraum des deutschen Kaiserreichs gelegt werde, wobei niemand ausgeschlossen werden soll wie z.B. Völkermord an Nama und Herero, sog. Niederschlagung des Boxeraufstand in China. Die Oberbürgermeisterin habe das Kulturdezernat gebeten in den Lead zu gehen. Es soll ein Lenkungsreis eingerichtet werden, der mit allen wichtigen Beteiligten besetzt sei und von einer Agentur in einem dialogischen Prozess moderiert werde. Die konstituierende Sitzung soll noch in diesem Jahr stattfinden. Zunächst soll herausgefunden werden, was entstehen soll und dann ein Künstler*innenwettbewerb stattfinden. Eine Umsetzung soll dann 2025 erfolgen. Den Zeitplan könne er gerne zusenden.

Herr Polat, SPD, stimmt zu, dass Kunst und Kultur nicht die Lösung für soziale Probleme in dieser Stadt sein können. Dennoch habe Kultur eine soziale Funktion. Sie ermögliche Teilhabe und Beteiligung. Die Aktion am Neumarkt habe einen Beitrag dazu geleistet soziale Räume in einer vielfältigen Art und Weise einzunehmen. Er fragt, inwiefern sich dies konzeptualisieren ließe und Folgeprojekte zu erwarten seien. Es gebe aus den Veedeln immer wieder Anfragen, ob eine dezentrale Versorgung des öffentlichen Raums mit Kunst und Kultur ermöglicht werden können, um den Anwohnenden eine soziale Einnahme ihrer eigenen Veedel stärker nahe zu bringen. Er fragt weiter, wie die Zwischennutzung von Leerständen Teil des Konzeptes sein könne und um eine größere Teilhabe zu schaffen und inwiefern die Ausbildung von interkulturellen Räumen zur Arbeit seines Dezernats gehöre.

Herr Beigeordneter Charles antwortet, dass die Bespielung am Neumarkt 2024 fortgesetzt werden soll. Für eine Übertragung auf andere Plätze gebe es keinen konkreten Plan, doch sehe er nichts, was konkret dagegen sprechen würde. Vielleicht sei es aber eine Frage der Ressourcen. Sein Wunsch ist, dass ein gewisser Bereich des Neumarktes der Kultur nicht nur temporär zugewiesen werde. Eventuell wäre während der Sanierung am Haubrich Hof eine gemeinsame Bespielung über beide Plätze möglich. Derzeit gebe es noch keine Angaben über die Fläche, die zur Verfügung stehe, weil die Baustellenlogistik noch nicht feststehe. Er berichtet, dass das Kulturraummanagement sehr erfolgreich war und es geschafft habe, innerhalb eines Jahres die Atelierplätze in Köln zu verdoppeln. Es könnten im nächsten Jahr fast 150 neue Atelierplätze zur Verfügung gestellt werden. Dies sei wichtig, damit junge Künstlerinnen und Künstler, die sich in NRW oder in Köln ausbilden lassen, in Köln gute Rahmenbedingungen für ihre Arbeit finden und dies beginne mit einer eigenen Werkstatt oder einem eigenen Studio. Mit der Stadtbibliothek in der Hohe Straße habe man ein tolles Gebäude und eine hohe Frequentierung. Auch das Stadtmuseum werde zu einer tollen kulturellen Bespielung beitragen. Es gebe inzwischen auch viele Anfragen von Eigentümern beim Kulturraummanagement.

Herr Leitner, CDU, freut sich über die in Aussicht gestellt Verlängerung der Öffnungszeiten der Museen und fragt, ob es denkbar sei, diese relativ schnell freitags und samstags zu verlängern. Können relativ zeitnah Fundsachen aus dem Römisch Germanischen Museum im Außenraum um den Roncalliplatz gezeigt werden können, z. B. an der römischen Straße um eine Belebung des Areals zu erreichen? Denken Sie an ein Festival für Musik in Zusammenhang mit dem WDR ähnlich dem Folkfestival für irische Musik?

Herr Beigeordneter Charles stellt, wenn die Mittel zur Verfügung stehen, eine Verlängerung der Öffnungszeiten in Aussicht. In diesem Zusammenhang sei auch über eine Montagsöffnung gesprochen worden. Einen Zeitrahmen könne er noch nicht geben. Er weist darauf hin, dass die Schaufenster am Römisch Germanischen Museum neu gestaltet wurden und derzeit überlegt werde, ob auch möglicherweise während der Bauzeit ein Programm angeboten werden könne. Dies sei ihm auch ein großes Anliegen. Wenn eine Organisation die spannende Idee eines Festivals der Musik aufgreife, gehe dies den normalen Förderweg. Während der EM 2024 werde es auch ein Kulturprogramm geben.

Frau Kosubek, B90/Die Grünen, möchte sichergehen, dass es nicht ein Denkmal geben solle, was an alle Verbrechen der Vergangenheit, auch in der Kaiserzeit, erinnern soll, sondern ein Denkmal was an den Genozid an den Armeniern erinnere.

Herr Beigeordneter Charles antwortet, dass der Ratsbeschluss beinhalte, dass nicht allein an den Genozid an den Armeniern erinnert werden soll, sondern dies erweitert werden soll. Aber man könne kein allgemeines Unrechtsmahnmal daraus machen. Es werde Aufgabe des Lenkungskreises sein, dies nochmals zu konkretisieren. Man achte sehr darauf, dass alle involviert werden und man gehe sehr sorgfältig mit dem Thema um, sodass alle gleichberechtigt an dem Prozess teilnehmen können.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke, führt aus, dass die Schätze in den Museen ein Garant dafür seien, dass die Städte Kommunalkredite bekämen. Die Direktorin des Museums für ostasiatische Kunst (MOK) habe nach dem Einbruch gesagt, dass dies ein Weckruf für das MOK und die Kunstwelt gewesen sei. Er fragt, wie die Herausforderungen für die Zukunft gesehen werden.

Herr Beigeordneter Charles erklärt, dass die spezifischen Sicherheitskonzepte regelmäßig angepasst werden und umgesetzt werden müssen.

1.3 Vortrag - Planungen 11.11.2023, Amt für öffentliche Ordnung

Herr Janke, Amt für öffentliche Ordnung, teilt mit, dass das Konzept für den 11.11.2023 morgen (20.10.2023) beim Runden Tisch Karneval vorgestellt werde, daher könne er heute nicht vorgreifen.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, bittet Herrn Janke der Oberbürgermeisterin auszurichten, dass es ein Unding sei, wenn über das Thema in einem closed shop, sprich am Runden Tisch entschieden werde, ohne dass die Bezirksvertretung als politisches Gremium die Chance bekomme darüber zu beraten und zu befinden. Er äußert vehemente Kritik an dieser Vorgehensweise.

Herr Cremer, SPD, wünscht dem Ordnungsdienst viel Erfolg bei der Durchführung der Veranstaltung. Er drücke die Daumen, dass alles sicher und friedlich von statten gehe.

1.4 Aktuelle Stunde zur Zukunft des Bezirksrathauses am Laurenz Carré, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD und Die Linke AN/1806/2023

Herr Beigeordneter Greitemann teilt mit, dass nicht nur das Kundenzentrum Innenstadt und die Feuerwache 1, sondern auch noch einige andere Dienststellen in der Leonard-Tietz-Straße untergebracht werden sollen. Die Gespräche mit den Nutzern seien abgeschlossen. Ziel sei es, dass das Kundenzentrum im Sommer 2026 in die Leonard-Tietz-Straße ziehen könne. Aktuell finden intensive Verhandlungen mit dem Eigentümer des Gebäudes zu Terminplänen statt, die die Stadtverwaltung so nicht ak-

zeptieren könne. Der Einzug soll sequentiell erfolgen, mit oberster Priorität der dauerhaften Verlegung des Kundenzentrums Innenstadt und der Interimsverlegung der Feuerwache 1. Man gehe davon aus, dass 2026 mit der Vorbereitung der Planung eines Neubaus des Bezirksrathauses am Laurenzplatz unter den Maßgaben des Nutzers, gestartet wird, inkl. der statischen Ertüchtigung der Tiefgarage mit Betonsanierung und Abriss des Bestandsgebäudes mit vorheriger Schadstoffsanierung. Die Ausführung des Neubaus könne nach aktueller Planung dann 2031-2034 erfolgen.

Herr Behrisch, Gebäudewirtschaft, ergänzt, dass das neue Gebäude am Laurenzplatz weniger Fläche als das bisherige Gebäude zur Verfügung stellen kann. Daher soll die Fläche für das Kundenzentrum dauerhaft ausgelagert werden.

Auf Nachfrage von Herrn Bezirksbürgermeister Hupke zum Karl-Küpper-Platz und zur Gerch-Group führt Herr Beigeordneter Greitemann aus, dass er eine Überbauung des Karl-Küpper-Platzes für falsch halte und daher die Flächen für das Kundenzentrum Innenstadt in der Leonard-Tietz-Straße und die anderen Flächen am Laurenzplatz bereitgestellt werden sollen. Alle vier Holdings der Gerch-Group haben Insolvenz angemeldet, die darunter sitzenden Projektgesellschaften haben keine Insolvenz angemeldet. Die Projektgesellschaften die für das Laurenz-Carré gegründet wurden und jeweils Eigentümer einzelner Grundstücke der Gesamtfläche sind, arbeiten weiterhin. Mit einem Sachverwalter möchte man neue Strukturen schaffen und zum Jahresende ein neues Finanzierungskonzept, insbesondere für die Projektgesellschaften des Laurenz-Carrés entwickeln. Politik und Verwaltung hätten ihren Job richtig gut gemacht. Der Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes Laurenz-Carré sei am 14.07.2023 rechtskräftig geworden, auch die 30 % öffentlich geförderter Wohnungsbau seien im südlichen Bereich gesichert. Für den nördlichen Teil sei Ende 2022 eine Baugenehmigung erteilt worden, die bei Verlängerung bis zu drei Jahre gültig sei. Für den südlichen Bereich, insbesondere das Senatshotel, liege auch eine Baugenehmigung vor. Für das Grundstück mit dem städtischen öffentlichen Parkplatz gebe es einen Vorbescheid für das südliche Baufeld. Zudem habe die Stadt den Zugriff über einen Erbbaurechtsvertrag auf das Grundstück, wo der geförderte Wohnungsbau entstehen soll. Die Gerch-Group würde sich für dieses Grundstück nicht mehr interessieren, es gebe aber Verträge, die die Stadt weiterführen wolle. Es sollte ein Begleitgremium einberufen werden, um die nächsten Schritte mit der Gerch-Group abzusprechen, insbesondere für die Entwicklung des südlichen Baufelds. Dies sei aufgrund der aktuellen Entwicklung noch nicht einberufen worden. Herr Beigeordneter Greitemann rät dringend von einem Kauf der nördlichen Grundstücke durch die Stadt Köln insbesondere aufgrund der dinglichen Belastungen und vorhandenen Verträge mit Firmen ab.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, begrüßt, dass an dieser Stelle auch geförderter Wohnungsbau umgesetzt wird. Er fragt, wie die Stadt mit dem Risikoszenario umgehe, wenn die Gerch-Group innerhalb der Sanierung einzelne Gesellschaften verkaufe. Er würde bevorzugen, dass die Stadt dann vorbereitet sei und dies selber in die Hand nehme.

Herr Cremer, SPD, kritisiert, dass große Projekte nicht in einem akzeptablen Zeitrahmen fertiggestellt würden. Er fragt ebenfalls, wie mit dem Risiko umgegangen werde und, ob es nicht Sinn mache vorher die Reißleine zu ziehen, auch um den Schaden zu begrenzen.

Frau Wienke, Die Linke, fragt ebenfalls nach einem Plan B und, ob es andere Investoren gebe. Sie findet es bedauernd, dass das Kundenzentrum ins Agrippa-Carré abgeschoben werde, weil es nicht gut erreichbar sei.

Herr Leitner, CDU, fragt, ob Herr Beigeordneter Greitemann die Meinung teile, dass es sinnvoll sei, zunächst das Finanzierungsprojekt der Projektgesellschaften bis Ende Dezember abzuwarten und erst dann zu handeln.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke fragt, was mit dem jetzigen Bezirksrathaus geschehe und ob alle darin bleiben können, die jetzt dort arbeiten.

Herr Beigeordneter Greitemann teilt die große Sorge. Vor etlichen Jahren seien nach seiner Meinung massive Fehler in der Grundstückspolitik gemacht worden. Dies könne man nicht mehr rückgängig machen. Die Stadt habe hier sehr begrenzte Möglichkeiten in die Eigentumsrechte einzugreifen. Bis Dezember werde man nicht abwarten, sondern beobachten. Es gebe verschiedene andere „Gruppen“, die sich interessiert zeigen. Ein Vorkaufsrecht könne nur ausgeübt werden, wenn das Grundstück und nicht die Projektgesellschaft verkauft werde. Durch eine Anfang des Jahres nicht gezahlte Rate einer Firma sei die Gerch-Group in eine Schieflage geraten, die Liquidität sei zunächst mit Eigenkapital aufgefangen worden.

Herr Behrisch, Gebäudewirtschaft, führt aus, dass der Mietvertrag für die Ludwigstraße 8 so lange laufen werde, bis ein neues Bezirksrathaus bezogen werden könne.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke bedankt sich bei Herrn Greitemann und Herrn Behrisch, dass sie es möglich gemacht haben an der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt teilzunehmen. Auf Antrag von Frau Cazier, B90/Die Grünen, unterbricht Herr Hupke die Sitzung von 16:41 Uhr bis 16:48 Uhr.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, schlägt vor an den Liegenschaftsausschuss zu verweisen, mit der Bitte, dass dieser beschließen möge, dass die Stadt Verhandlungen aufnehmen soll mit der Gerch-Group bzw. ihren Projektgesellschaften. Damit hätte man in der Zukunft politische Gestaltungsfähigkeit und das Risiko, dass ein externer Investor einsteige sei gebannt. Sofern die Gerch-Group die Planungen fortsetzen könne, sei das unproblematisch.

Herr Leitner, CDU, kann dem nicht zustimmen. Da der Beigeordnete die Einschätzung der CDU teile, zuerst die sechs Projektgesellschaften untereinander und mit der Stadt verhandeln zu lassen. Er hält es für falsch jetzt bereits die Richtung anzugeben, dass die Stadt kaufen soll, dies werde im Antrag postuliert.

Herr Nüsser, FDP, ist der Auffassung, dass das Thema an den Fachausschuss verwiesen werden sollte. Die Formulierung gebe aber eine zu genaue Stoßrichtung vor ohne dass verlässliche Daten vorliegen.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, stellt klar, dass die Erörterung einer Aktuellen Stunde mit dem Beschluss a) die Sache ist erledigt oder b) die Sache wird zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung gegeben oder c) die Sache wird in einen Fachausschuss überwiesen. Weitere Hinweise können im Protokoll informell aufgenommen werden, jedoch nicht als Beschluss.

Herr Cremer, SPD, stimmt dem Vorschlag von Herrn Dr. Herrndorf, Fraktion B90/Die Grünen, zu.

Frau Wienke, Die Linke, spricht sich für eine reine Verweisung in den Liegenschaftsausschuss aus.

Herr Leitner, CDU, betont, dass er sich auch für eine Verweisung in den Liegenschaftsausschuss ausspreche, mit dem Ziel, zu prüfen wie die Finanzierung bis zum Dezember sichergestellt werden könne. Aber nicht mit dem Ziel die Stadt zu verpflichten Milliarden für den Erwerb zu verausgaben, um die Grundstücke dann wieder zu verkaufen.

Nach weiterer Diskussion lässt Herr Hupke über eine Verweisung in den Liegenschaftsausschuss abstimmen.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, gibt zu Protokoll: „Der Liegenschaftsausschuss möge beschließen, dass die Verwaltung Gespräche mit der Gerch-Group aufnimmt, um den Kauf der Projektgesellschaften zu prüfen.“

Herr Leitner, CDU, schlägt vor, dass die Bezirksvertretung Innenstadt den Liegenschaftsausschuss bittet das Ganze zu prüfen und der Bezirksvertretung die Finanzierungskonzepte der Projektgruppen der Gerch-Gruppe nach Vorliegen ab Dezember 2023 vorträgt. Es ist nicht das Ziel enthalten, dass die Stadt kaufen soll, sondern dies sei offen. Darüber sollen zunächst die sechs Gruppen befinden.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass die Redebeiträge ins Protokoll aufgenommen werden und empfiehlt in der nächsten Sitzung einen entsprechenden Antrag einzubringen, um darüber zu beschließen.

Herr Cremer, SPD, schließt sich den Ausführungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt verweist die Sache zur weiteren Behandlung an den zuständigen Fachausschuss (Liegenschaftsausschuss).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

Als Stimmzähler für die heutige Sitzung werden Frau Utku, Herr Schmitz und Herr Scheffer bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Verwaltungsvorlagen

3.1 Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die Instandsetzung der Parkpalette Jakobstraße/Josephstraße 3038/2022

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Instandsetzung der Parkpalette Jakobstraße/Josephstraße in Höhe von 560.605 € fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der erforderlichen Instandsetzungsmaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3.2 Gesamtinstandsetzung Mülheimer Brücke - hier: Schienenersatzkonzept für den Zeitraum der Stadtbahnspernung in 2024 (Bauphase IIb) 2350/2023

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) während der 7-monatigen Stadtbahnspernung auf der Mülheimer Brücke mit dem in der Begründung dargestellten Betriebskonzept der Stadtbahn und der Ersatzbuslinie 118 nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDLA) zu betrauen.

Der zusätzlich entstehende Verlust der KVB aufgrund des veränderten Betriebs der Stadtbahnlinien und des Betriebs der Ersatzbuslinie 118 in Höhe von 2,19 Mio. Euro im Jahr 2024 wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen, was zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führt. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastung wird auf das Jahr 2025 prognostiziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

**3.3 Baubeschluss für die Bahnsteiganhebung der Haltestelle Barbarossaplatz
2646/2022**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt – vorbehaltlich des rechtskräftigen Baurechts und vorbehaltlich des Vorliegens des Bewilligungsbescheides über die Gewährung von Zuschüssen – den barrierefreien Ausbau der Haltestelle Barbarossaplatz an der Neue Weyerstraße. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme (Planungs- und Baukosten) vor Förderung betragen voraussichtlich ca. 14.241.000 €. Davon entfallen rd. 2.677.500 € auf die KVB und rd. 11.563.500 € auf die Stadt Köln. Es wird mit einer Förderung von 90 % der zuwendungsfähigen Baukosten gerechnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

**3.4 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss zur Aufzugsnachrüstung der Stadtbahnhaltestelle Reichenspergerplatz inkl. Brandschutzsanierung, Bahnsteiganhebung und erforderlicher technischer Aufrüstung
1337/2023**

Beschluss

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Planung der Aufzugsnachrüstung für die Stadtbahnhaltestelle Reichenspergerplatz inklusive Bahnsteiganhebung, Brandschutzsanierung sowie erforderlicher technischer Ausrüstung und stellt den Bedarf für die zu vergebenden externen Ingenieuraufträge fest. Die Verwaltung wird die notwendigen Genehmigungen beantragen und die Planung bis zur Ausschreibung vorbereiten. Zur Herstellung der Barrierefreiheit werden zwei Aufzüge und voraussichtlich zwei Zugangstreppen nachgerüstet, welche die Bahnsteige mit der Straßenebene verbinden. Es erfolgt ebenso eine Bahnsteiganhebung sowie Nachrüstung von taktilen Leitelementen.

Gleichzeitig beschließt der Rat der Stadt Köln die erstmalige Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen i. H. v. 26.180 € im Haushaltsjahr 2023 sowie die Freigabe von Verpflichtungsermächtigungen i. H. v. 1.811.180 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2025, 2026 und 2027 (606.900 € in 2025, 589.050 € in 2026, 615.230 € in 2027)

im Teilfinanzplan des Amtes für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau in der Produktgruppe 1202 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 6903-1202-1-7118, Haltestelle Reichenspergerplatz - Einbau von Aufzügen -, im Haushaltsjahr 2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

3.5 Qualifizierungsmaßnahme für den Freiraum im Baublock zwischen Trierer, Mosel-, Pfälzer und Luxemburger Straße in Köln-Neustadt/Süd als Grundlage für die Bauleitplanung hier: Erweiterter Planungsbeschluss über die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung und die Vorentwurfsplanung (LPH2) 0790/2023

Hinweis: Eine erneute Beratung erübrigt sich, da der Stadtentwicklungsausschuss ohne Änderungen zugestimmt hat und die Bezirksvertretung Innenstadt in diesem Fall auf nochmalige Wiedervorlage verzichtet hat.

3.6 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 694333/02, Arbeitstitel: "Hochpunkt Siegburger Straße" in Köln Deutz 1872/2023

Herr Scheffer, Die Linke, teilt mit, dass er den Hochpunkt Siegburger Straße weiterhin ablehne.

I. Antrag der FDP die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen:

II. Beschluss (Verwaltungsvorlage):

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 694333/02 für das Gebiet nordöstlich der Siegburger Straße, westlich des Timur-Icelliler-Weg und der Bahngleise, und südlich von gewerblicher Bebauungen in Köln-Deutz —Arbeitstitel: "Hochpunkt Siegburger Straße" — abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 6 - 9;
2. den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 694333/02, Arbeitstitel: "Hochpunkt Siegburger Straße" in Köln-Deutz mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis zu I (Verweisungsantrag):

Mit Stimmenmehrheit von B90/Die Grünen, Die Linke, Die Partei und KlimaFreunde gegen SPD, CDU und FDP **abgelehnt.**

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

Abstimmungsergebnis zu II (Beschlussvorlage):

Mit Stimmenmehrheit von B90/Die Grünen, CDU, Die Partei und KlimaFreunde gegen Die Linke und FDP bei Enthaltung SPD **zugestimmt.**

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

3.7 Neubau für die Grundschule Antwerpener Straße 19-29, 50672 Köln-Neustadt-Nord - Baubeschluss 0981/2023

Frau Cazier, B90/Die Grünen, führt aus, dass nach den vorliegenden Plänen Rad- und Abstellanlagen geplant sind, für die Bäume gefällt werden müssen und stellt folgenden Änderungsantrag: „Die Fahrradabstellanlagen sind im öffentlichen Straßenraum unterzubringen und die bestehenden, vom Baukörper nicht betroffenen Bäume in vollem Umfang zu erhalten. Hierzu soll zeitnah auch ein OT stattfinden.“

Herr Leitner, CDU, erklärt, dass es nicht immer sinnvoll sei, Fahrradnadeln von den Schulhöfen zu entfernen. Er könne es aber sehr gut nachvollziehen, dass die Bäume geschützt werden sollen.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, ergänzt, dass nicht überbaut werde, sondern nur für die Fahrradabstellanlagen Bäume gefällt werden sollen. Der Schulhof an sich sei schon sehr beengt, daher sollen die Radabstellanlagen aus dem Schulgelände kommen.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke erinnert daran, dass eine Schulleitung aus Deutz gesagt habe, dass sie keine Fahrräder auf dem Schulhof haben wolle.

Herr Nüsser, FDP, schließt sich den Ausführungen von Herrn Leitner an. Selbstverständlich wolle er die Bäume schützen.

Frau Wienke, Die Linke, schließt sich den Ausführungen von Frau Cazier an. Die Fahrradabstellplätze seien schon immer im Straßenraum vor der Schule, dies soll so bleiben. Generell seien die Schulhöfe fast aller Schulen in der Innenstadt viel zu klein und bieten nicht genügend Raum für die Schüler. Die Fahrradabstellanlagen würden vor die Schule gehören.

I. Ergänzungsantrag B90/Die Grünen:

Die Fahrradabstellanlagen sind im öffentlichen Straßenraum unterzubringen und die bestehenden, vom Baukörper nicht betroffenen Bäume in vollem Umfang zu erhalten. Hierzu soll zeitnah auch ein OT stattfinden.

II. Ergänzter Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt den Neubau des Schulgebäudes der Gemeinschaftsgrundschule Antwerpener Straße 19-29, 50672 Köln-Neustadt/-Nord sowie der Außenanlagen im Planungsgebiet des projektierten Neubaus.

Die Kosten für die Baumaßnahme betragen nach der aktuellen Kostenberechnung inklusive GU-Zuschlag rund 49,3 Mio. Euro brutto. Zudem genehmigt der Rat einen projektspezifischen Risikozuschlag in Höhe von 10,7 Mio. Euro. Dies entspricht 25 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten zuzüglich eines pauschalen Zuschlags von 10 % für nicht absehbare Ereignisse. Die Gesamtbaukosten betragen demnach rund 66 Mio. Euro brutto.

Die Maßnahme soll über ein Generalunternehmen abgewickelt werden.

Die Fahrradabstellanlagen sind im öffentlichen Straßenraum unterzubringen

und die bestehenden, vom Baukörper nicht betroffenen Bäume in vollem Umfang zu erhalten. Hierzu soll zeitnah auch ein OT stattfinden.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

2. Der Rat beschließt die Einrichtung des Neubaus inklusive einer Einfachturnhalle für die Gemeinschaftsgrundschule Antwerpener Straße 19-29, 50672 Köln-Neustadt/Nord mit Gesamtkosten in Höhe von rund 1,24 Mio. Euro brutto (investiver Anteil: rund 373.000 Euro, konsumtiver Anteil: rund 870.000 Euro).

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 870.000 Euro brutto werden im Haushaltsjahr 2027 im Teilergebnisplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen finanziert. Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 373.000 Euro brutto erfolgt im Haushaltsjahr 2027 im Teilfinanzplan des Amtes für Schulentwicklung in der Produktgruppe 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4010-0301-1-2764 – GGS Antwerpener Str. 19-29 – Neubau.

Abstimmungsergebnis zu I (Ergänzungsantrag):

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung CDU und FDP.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

Abstimmungsergebnis zu II (ergänzte Beschlussvorlage):

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

**3.8 Dauerhafte Aufstellung der Rodin-Skulptur am Neumarkt
1261/2023**

Aufgrund der Vertagung des vorbereitenden Kunst- und Kulturausschusses wird der Tagesordnungspunkt zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

**3.9 Erhöhung der Treppengeländer im Bürgerhaus Stollwerck - Planungsbeschluss
2334/2023**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren stimmt der notwendigen Erhöhung der Treppengeländer im Bürgerhaus Stollwerck zu und beauftragt die Verwaltung mit der Planungsaufnahme für die Leistungsphasen 1 bis 3 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI).

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die städtische Gebäudewirtschaft mit der Planung der Leistungsphasen 1 bis 3 HOAI zu beauftragen.

3. Die Planungskosten (Leistungsphasen 1 bis 3 HOAI) belaufen sich nach vorläufiger Kostenannahme auf etwa 16.500,00 Euro. Die Gesamtkosten der Maßnahme werden derzeit auf circa 537.000,00 Euro (inklusive Mehrwertsteuer und Risikozuschlag) geschätzt.

4. Die Finanzierung der Planungskosten erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Haushaltsplan 2023/2024 im Teilergebnisplan des Amtes für Soziales, Arbeit und Senioren in der Produktgruppe 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

**3.10 Neuverpachtung der Gastronomie im Bürgerhaus Stollwerck
0041/2023**

Beschluss:

Gemäß § 14 Ziffer 2 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln stimmt der Liegenschaftsausschuss der Neuverpachtung zum Zwecke der Bewirtschaftung von Gastronomieflächen im Bürgerhaus Stollwerck zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

**3.11 Installation des Würfelbrunnens auf dem Monschauer Platz
1896/2023**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Würfelbrunnen von Heribert Jakob Calleen auf dem Monschauer Platz in Köln-Braunsfeld wieder aufzubauen und in Betrieb zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

**3.12 Straßen- und Wegekonzept der Stadt Köln gemäß § 8a KAG - Fortschreibung 2024 bis 2028
2499/2023**

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, weist auf den Beschluss zur letzten KAG Fortschreibung hin, der besage, dass man Mindeststandards bei Sanierungen haben wolle. Der Beschluss sei im Verkehrsausschuss angekommen und vielen sei nicht klar

gewesen, dass Sanierung bedeute, dass der Ursprungszustand z. B. der 50er Jahre ein zu eins wiederhergestellt werde und z. B. in Bezug auf Gehwegbreiten, Bäume und Papierkörbe nichts passiere. Auf diese Initiative der Bezirksvertretung Innenstadt wird die Verwaltung nun ein Konzept erarbeiten, wie man diese Dinge besser einplane. Er erinnert daran, dass dennoch ein Fachgespräch mit der Fachverwaltung (Frau Stach-Reinartz) stattfinden soll, um sich auf Leitplanken zur Strategieentwicklung zu einigen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beschließt die Fortschreibung des Straßen- und Wegekonzeptes für die Jahre 2024 bis 2028 (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

3.13 Vergabe Stadtklima- und Stadtverschönerungsmittel 2023 im Stadtbezirk Innenstadt Teil II 2788/2023

I. Beschluss:

- 1.) Die **Bezirksvertretung Innenstadt** beschließt, die vom Rat im Haushaltsplan 2023/2024 bereitgestellten restlichen Haushaltsmittel in Höhe von 18.000 € für Maßnahmen zum Stadtklima und zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs für die aufgeführten Maßnahmen zu verwenden und bittet die Verwaltung die Maßnahme umzusetzen.

Nr.	Ort	Geplante Maßnahmen	geschätzte Kosten Brutto
1	Neustadt-Nord	Bäume Volksgarten	13.000 €
2	Innenstadt	Wanderbäume	5.000 €
	Summe		18.000

- 2.) Der **Finanzausschuss** beschließt die Freigabe der Haushaltsmittel 2023 in Höhe von 18.000 € für die von der Bezirksvertretung Innenstadt beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2023/2024, Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

II. Kenntnisnahme:

Der Ausschuss Klima, Umwelt und Grün erhält die Vorlage im Nachgang zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

3.14 Vergabe von bezirksorientierte Mittel und Mitteln zur Kulturförderung für den Stadtbezirk Innenstadt, Teil 2.2 3088/2023

Frau Wienke, Die Linke, bittet bei der Vergabe lieber mehrere kleinere Projekte zu fördern, als ein Projekt wie den Ukraine-Tag in dieser Höhe.

Auf Nachfrage von Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, bestätigt Herr Scheffer, dass Die Linke auch in der Kommission vertreten sei. Grundsätzlich sei er auch der Meinung von Frau Wienke, die Kommission prüfe auch sehr gewissenhaft solch große Förderungen, allerdings sei in diesem Jahr eine derartige Förderung vertretbar gewesen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt, aus den ihr aufgrund eines Maßnahmenstaus aus der Pandemiezeit zur Verfügung stehenden bezirksorientierten Verfügungsmitteln „Restmittel 2022“ nach § 36 Gemeindeordnung gemeinnützige Projekte in der Innenstadt zu fördern. Art und Höhe der finanziellen Förderbeträge sowie die Zuschussempfänger ergeben sich aus der in der Anlage beigefügten Tabelle. Die Finanzierung ist gesichert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

3.15 Ehrung der Sportlerinnen und Sportler im Stadtbezirk Innenstadt 3144/2023

Beschluss:

In Anlehnung an die „Richtlinien über Auszeichnungen der Stadt Köln für hervorragende sportliche Leistungen und Verdienste für den Kölner Sport“ beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt, die vom Stadtbezirkssportverband 1 vorgeschlagenen Personen im Rahmen der Sportlerehrung auszuzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

3.16 Fertigstellung der Außenanlagen im Opernquartier 2528/2023

Herr Streitberger, Betriebsleiter Sanierung Bühnen, führt aus, dass die Restarbeiten im Opernquartier (im südlichen Teil der Glockengasse und östlichen Teil der Krebsgasse) fertiggestellt werden müssen und die Container in der Glockengasse abgebaut. Der damalige Wunsch der Gremien war, dass sich das Pflaster der Fahrbahn in das Gesamtbild einfüge. Anhand einer Präsentation veranschaulicht er, dass das Pflaster in der Brüderstraße vom ersten Tag an nicht gestanden habe, dies sei auch beanstandet worden. Das einfach verlegte Betonpflaster mit Natursteinvorsatz in nicht gebundener Bauweise könne in einer solch extrem befahrenen Straße (auch mit 40 Tonnern, dreiachsige Müllfahrzeuge und Stadtreinigung) nicht liegen. Durch die Reinigung, die nicht nur kehre, sondern auch sauge, werde jede Fugenfüllung hochgezo-

gen. Er schlägt vor die Fahrbahn, wie in der westlichen Seite der Krebsgasse, zu asphaltieren, die Randbereiche blieben gepflastert. Damit erhalte das Opernquartier ein einheitliches Bild.

An der Südseite der Glockengasse seien seinerzeit Parkplätze geplant worden, die es seit elf Jahren nicht gebe. In Abstimmung mit dem Verkehrsdezernat würden diese Parkplätze nicht gebaut. Allerdings sollen in dem vorderen Bereich drei Behindertenparkplätze entstehen. Drei Plätze für Taxen, die früher an der Nord-Süd-Fahrt gestanden haben, sollen in die Glockengasse verlagert werden, sodass der erste Platz vor der Gebäudeflucht des Opernhauses liege. Die Platzfläche werde dadurch vergrößert. Die Fläche soll als Gehwegfläche genutzt werden. Es gebe zudem die Planung an dieser Stelle zwei Informationsstelen - von insgesamt sieben Informationsstelen - der Bühnen, die über das Programm der Bühnen informieren, aufzustellen.

Mit der Synagogengemeinde habe es eine lange, intensive Auseinandersetzung wegen der Tafel zur Erinnerung an die Synagoge in der Glockengasse gegeben. Diese Tafel sei Anfang der 70er Jahre von der Familie Oppenheim gestiftet worden. Es war beabsichtigt, diese Tafel in die Oberfläche des Offenbachplatzes einzubinden. Die Synagogengemeinde habe sich seinerzeit jedoch dagegen ausgesprochen. Sie sei an der Nordseite des Opernhauses aufgehängt worden und habe dadurch den falschen Eindruck vermittelt, dass die Synagoge dort gestanden habe, wo heute das Opernhaus stehe. Die Synagoge habe aber eigentlich in der heutigen Fahrbahn der Glockengasse gestanden. Auf dem Offenbachplatz soll nun bewusst störend in der Hauptlaufrichtung eine Basaltstele aufgestellt werden, auf der die Tafel liege. Die Umsetzung soll Mitte nächsten Jahres erfolgt sein.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, merkt an, dass in der Begründung der Vorlage von dem großen und kleinen Offenbachplatz die Rede sei, diese Bezeichnung sei so nicht korrekt, einen offiziell benannten kleinen Offenbachplatz gebe es nicht.

Herr Arabaci, B90/Die Grünen, bittet vor der Oper auch Plätze für Mikromobilität (Car-sharing, Bike-Sharing, E-Scooter) zu schaffen.

Herr Leiter, CDU, schlägt vor, diese in der Brüderstraße oder in der Schwertnergasse zu schaffen und nicht an so prominenter Stelle.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die vorgesehene Fertigstellung der Außenanlagen im Opernquartier zur Kenntnis. Sie beschließt erstens auf die im ursprünglichen Ausbauplan der Glockengasse vorgesehenen sieben Pkw-Stellplätze im öffentlichen Raum zu verzichten. Zweitens beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt die Fahrbahn der Brüderstraße zu asphaltieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.17 Durchführung des 2020 pandemiebedingt ausgefallenen NRW-Tages in 2024 und der damit verbundenen Veranstaltung des Sommerkonzertes der Landesregierung 2024 in Köln 3135/2023

Frau Cazier, B90/Die Grünen, meldet zu der heute eingegangenen Beschlussvorlage Beratungsbedarf an.

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt. Sie ging der Bezirksvertretung Innenstadt erst am Sitzungstag zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Umgestaltung Neumarkt (Az.: 02-1600-211-22)
2202/2023**

Geänderter Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird auf Bitte des Petenten zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Bürgereingabe nach § 24 GO Bücherschrank auf dem Spielplatz Buschgasse / An der Eiche
2892/2023**

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt stellt die Beschlussvorlage zurück mit der Maßgabe einen Ortstermin durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Bonner Straße - zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall - Einrichtung einer 30er Zone", AZ: 35/23
2795/2023**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt stellt die Beschlussvorlage auf Bitte des Petenten zurück.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

5.2.1 Anpassung der umgesetzten verkehrlichen Maßnahmen und Umsetzung weiterer Maßnahmen auf der Eburonenstraße, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/1761/2023

Beschluss:

In der Eburonenstraße werden folgende, bereits umgesetzte Maßnahmen geändert bzw. folgende Fehler behoben:

- Die Beschilderung wird auf ein Minimum beschränkt, sämtliche Schildpfosten werden vom Gehweg weg unmittelbar an den rechten Fahrbahnrand versetzt;
- Ebenfalls wird die Markierung und Beschilderung des Behindertenparkplatzes sowie der Parkscheinautomat vom Gehweg auf eine von der Fahrbahn abzutrennende Multifunktionsfläche verlegt;
- Die Poller auf dem Gehweg entfallen;
- In Höhe dieses Parkscheinautomaten wird eine Querungsstelle für Fußgänger*innen geschaffen, die den Standards für Tempo-30-Zonen entspricht; mindestens eine weitere derartige Querungsmöglichkeit ist zu schaffen.
- Es werden bedarfsgerecht Radabstellanlagen sowie Abstellanlagen für Lastenräder geschaffen. Nach Möglichkeit werden die Radabstellanlagen an den Baumscheiben der neu zu pflanzenden Bäumen errichtet, so dass auf den Pollern an den Baumscheiben verzichtet werden kann;
- Die Richtung der Einbahnstraße wird gedreht und damit eine besondere Konfliktsituation beseitigt, die durch die derzeit einzige unvermittelte Rechts-vor-Links-Einmündung auf der ansonsten als Vorfahrtsstraße ausgelegten Alteburger Straße entsteht.
- Die Baumscheiben werden zusätzlich begrünt.

Die genaue Ausführung der einzelnen Maßnahmen soll in einem Ortstermin mit der Verwaltung besprochen und festgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

5.2.2 Runder Tisch in der Wohnsiedlung Siegburger Straße/Deutzer Freiheit – Hilferuf der Anwohner, Antrag CDU AN/1748/2023

Frau Cazier, B90/Die Grünen, bittet den Antrag um den Auftrag an die Verwaltung zu ergänzen, bereits zur anstehenden Kirmes in Deutz stringente Kontrollen in Absprache mit den Veranstaltern und der Polizei durchzuführen.

Frau Wienke, Die Linke, führt aus, dass es in der gesamten Innenstadt mit Lärmbelästigung massiv Probleme gebe. Sie fände es sinnvoll, wenn ein Runder Tisch zur gesamten Lärmbelästigung in der Innenstadt gemacht werde.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, entgegnet, dass man vor allen Dingen ein Problem mit Whataboutism habe. Die Ausführungen hätten nichts mit dem Antrag der CDU-Fraktion zu tun und könnten in einem eigenen Antrag eingebracht werden.

Ergänzter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz **beauftragt die Verwaltung, bereits zur anstehenden Kirmes in Deutz stringente Kontrollen in Absprache mit den Veranstaltern und der Polizei durchzuführen** und bittet den Bezirksbürgermeister, zeitnah einen Runden Tisch einzuberufen, indem die aktuelle Situation der Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung Ecke Siegburger Straße/Deutzer Freiheit erörtert und in einer offenen Runde Lösungsvorschläge zur Bewältigung der Lärm- und Müllprobleme sowie der Probleme mit öffentlichem Urinieren gemacht werden soll. Hierzu werden die Bewohnerinnen und Bewohner der Siegburger Straße 15-19 sowie der Deutzer Freiheit 62, die Wohnungs-Genossenschaft Köln 1896 eG, das Ordnungsamt, die Polizei, die Bezirksvertretung, die AWB und das Grünflächenamt eingeladen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

5.2.3 Planung und Errichtung eines Wasserspielplatzes im Rechtsrheinischen Köln, Antrag FDP AN/1765/2023

Herr Fischer, B90/Die Grünen, begrüßt den Antrag und lobt den Wasserspielplatz im Grüngürtel.

Herr Nüsser, FDP, freut sich über die Zustimmung zum Antrag. Die Stelle sei prädestiniert für einen Wasserspielplatz.

Frau Wienke, Die Linke, begrüßt den Antrag ebenfalls, bittet aber auch daran zu denken, dass der Spielplatz nicht nur für Kinder sei, sondern auch Hitzeinseln, den Klimaaspekt und Kühlmöglichkeiten berücksichtige.

Herr Leitner, CDU, bittet auf das Landschaftsschutzgebiet zu achten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine geeignete Fläche für einen rechtsrheinischen Wasserspielplatz zu finden, entsprechende Planungen, Bürgerbeteiligungen vorzubereiten und eine anschließende Umsetzung zu realisieren.

Hierbei ist unter anderem folgender Standort zu prüfen:

-Erweiterung des Spielplatzes im Rheinpark in Deutz

Die Verwaltung berichtet der Bezirksvertretung Innenstadt und dem Jugendhilfeausschuss über die Prüfung und schlägt einen geeigneten Standort zur Realisierung eines rechtsrheinischen Wasserspielplatzes der Gremien zur Beschlussfassung vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

5.2.4 Radparken im Umfeld von Grund- und weiterführenden Schulen, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/1764/2023

Herr Schmitz, CDU, merkt an, dass es Sinn mache, dass die Kinder bis zur Oberstufe das Schulgelände nicht verlassen dürfen und gerade bei Grundschulen dieses Thema sehr sensibel sei. Die Kinder sollen auf direktem Weg von zu Hause zum Schulgebäude und wieder zurückgehen sollen. Außerdem spiele Vandalismus eine große Rolle. Er rate von Bänken vor dem Schulgebäude im Gehwegbereich oder auf den Parkflächen ab, da dies Helikoptereltern einlade. Das wichtige Thema, mit dem man sich befassen solle, werde hier nur dazu genutzt Parkplätze zu verbieten, daher lehne er den Antrag ab.

Herr Nüsser, FDP, schließt sich den Ausführungen von Herrn Schmitz an und ergänzt, dass der Antrag etwas wie ein Schnellschuss wirke, weil er für alle Schulen gelten soll. Es möge Schulen geben, für die das sinnvoll sei, diese seien aber aus dem Antrag nicht erkennbar.

Herr Polat, SPD, weist auf die Begründung des Antrags hin, wonach in die Planung Schulleitungen, Kollegien und Elternpflegschaften einzubeziehen seien. Dadurch werde die gesamte Planung an die Bedürfnisse vor Ort angepasst. Die Entwicklung trage er – auch vor der Platzproblematik in der Innenstadt – gerne mit. Er würde es nicht als Parkverbot framen, sondern als mehr Bewegungsraum für Schülerinnen und Schüler in dieser Stadt.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, schließt sich den Ausführungen von Herrn Polat an. Es gehe um mehr Raum zum Spielen. Fahrräder gehörten perspektivisch auf die Straße und nicht auf den engen Schulhof.

Herr Leitner, CDU, erinnert an einen Beschluss zur Balthasarstraße, dass die Straße zu bestimmten Zeiten gesperrt werde. Er schlägt vor die Südstadt in den Blick zu nehmen z. B. die Mainzer Straße.

Herr Schmitz, CDU, bietet an, gemeinsam Lösungen für Schulen mit kleinem Schulgelände in Absprache mit der Schulleitung auf dem Schulgelände zu finden.

Frau Wienke, Die Linke, weist darauf hin, dass Fahrradabstellplätze für Schulen bisher durch die Schulverwaltung abgelehnt wurden. Durch diesen Antrag könnten dann endlich Fahrradabstellplätze im öffentlichen Raum geschaffen werden.

Beschluss:

Das an den Grund- sowie weiterführenden Schulen und ihren Sportanlagen weit verbreitete Radparken auf den Schulhöfen soll grundsätzlich auf Parkflächen im öffentlichen Raum verlagert werden. Das gilt nicht für das Radparken auf bestehenden, adäquaten, räumlich abgetrennten Stellflächen, die ein geordnetes Abstellen und Anschließen erlauben.

Hierzu sind im Umfeld aller Schulen im Bezirk umfangreich Radparken für Kinder und Jugendliche einzurichten, insbesondere auf direkt angrenzenden Parkflächen.

Gerade bei Grundschulen sind hier auch niedrige Radbügel einzusetzen, die ein Anschließen auch kleiner Räder / von Tretrollern ermöglichen.

Wo möglich sind auch Warteflächen für abholende Eltern bzw. auf ihre Eltern wartende Kinder einzurichten, z.B. durch Anlehnbügel oder die Installation von Bänken im Gehwegbereich (bei ausreichend verbleibender Restbreite) bzw. auf bestehenden Parkflächen.

Die Maßnahmen sind als Pilotmaßnahmen zeitnah an den Grundschulen Lochnerstraße sowie vor der Grundschule Balthasarstraße umzusetzen.

In die Planung sind die Schulleitungen / Kollegien und Schul- bzw. Elternpflegschaften einzubeziehen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei gegen CDU und FDP **zugestimmt**.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

5.2.5 Verkehrsversuch beendet: Stadtmöblierung endlich entfernen!, gem. Antrag CDU und FDP AN/1774/2023

Herr Schmitz, CDU, weist auf das bisherige Verfahren hin. Aufgrund des Urteils vom 02.08.2023 wurde der Verkehrsversuch von der Stadt mit sofortiger Wirkung beendet, damit müsste auch die Stadtmöblierung entfernt werden. Selbstverständlich solle der alte Zustand wiederhergestellt werden und dies bedeute, dass man in Abschnitt V vom Gotenring wieder in die Deutzer Freiheit fahren könne.

Frau Cazier, B90/Die Grünen, hält den Antrag für obsolet, da in der nächsten Woche die Stadtmöbel entfernt würden und der Mietvertrag wie vorgesehen ende. Dies sei unabhängig von der Klage und der juristischen Auseinandersetzung.

Herr Nüsser, FDP, merkt an, dass es gerade das Problem sei, dass der Vertrag wie vorgesehen ende.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung, unverzüglich die Stadtmöblierung auf der Deutzer Freiheit zu entfernen und die Parkplätze wieder freizugeben.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von B90/Die Grünen, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei gegen CDU und FDP bei Enthaltung SPD **abgelehnt**.

(Herr Cremer und Herr Scheffer sind nicht anwesend.)

5.2.6 RingGrün - Entsiegelungen im Bereich der Kölner Ringe zwischen Barbarossaplatz und Ebertplatz, gem. Antrag B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, KlimaFreunde und Die Partei AN/1766/2023

Herr Nüsser, FDP, findet den Antrag sehr gut, ein Punkt hindere ihn jedoch zuzustimmen. Da die Fraktion B90/Die Grünen gesagt habe, es gehe nicht um die Entfernung von Parkplätzen, bittet er unter dem Punkt Fahrradabstellanlagen, die Priorität nicht auf eine Verlagerung auf Parkplätze, sondern an die Straßenseite zu legen und nur soweit dies nicht möglich sei auf Parkplätze.

Da die Fraktion B90/Die Grünen die Änderung nicht übernimmt, lässt der Bezirksbürgermeister über den ursprünglichen Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beauftragt die Verwaltung, im zentralen Bereich der Kölner Ringe zwischen Barbarossaplatz und Ebertplatz systematisch Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen umzusetzen, da durch die Verlagerung des Radweges auf die Fahrbahn neue Flächen im Seitenbereich entstanden sind.

Insbesondere sollen folgenden Maßnahmen umgesetzt bzw. geplant werden:

- Maßnahmen an bestehenden Baumscheiben:
 - Erweiterung: Rund um bestehende Bäume soll nach Möglichkeit das Pflaster zurückgebaut werden (u.a. zu den in weiteren Bereichen existierenden Umrandungen aus weißen Pflastersteinen) und wo möglich die

- bestehende Bodenverdichtung aufgelockert werden.
 - Entsiegelung: Freie Flächen zwischen den Baumscheiben sollen entsiegelt werden um ein breites, entsiegeltes Band zu schaffen.
 - Begrünung: Es sollen an die lokalen Bedingungen angepasste Bepflanzungen vorgenommen werden. Diese können in Form von Blühflächen, Staudenbeeten oder artenreichen Hecken, jeweils prioritär mit einheimischen Arten, umgesetzt werden.
 - Versickerung: Zusätzlich zu den erweiterten Baumscheiben sollen Versickerungsflächen mit Loch-Betonplatten über Rigolen angelegt werden, insbesondere dort, wo Laufwege zwischen bestehenden Baumscheiben erhalten werden sollen.
 - Schaffung von Grüninseln: Wo möglich, sollen die Maßnahmen wie die Entsiegelung und Begrünung der Baumscheiben so verbunden werden, dass durchgängige Grün- und Versickerungsräume entstehen.
 - Umrandungen / Möblierung:
 - Umrandungen: Die entsiegelten Flächen sollen durch Umrandungen geschützt werden.
 - Sitzgelegenheiten: Die Umrandungen sollen mit Sitzgelegenheiten ausgestattet werden, insbesondere dort, wo keine Außengastronomie besteht. Wo Sitzgelegenheiten nicht in die bestehenden Abgrenzungen integriert werden können, sollen neue Sitzbänke platziert werden (ggf. in gleicher Gestaltung wie die historischen Ringbänke).
 - Neupflanzungen von Bäumen: Dort, wo keine Baumpflanzungen im Seitenbereich existieren, sollen Baum-Neupflanzungen umgesetzt werden (z.B. Hohenstaufenring 4 bis 14)
 - Entsiegelung Verkehrsinseln: Die Entsiegelung soll auch auf den mittigen Verkehrsinseln umgesetzt werden, so nördlich der Beethovenstraße und den zwischen Aachener und Ehrenstraße bestehenden Inseln.
 - Fahrradabstellanlagen: Die alten Fahrradabstellanlagen, die teilweise zwischen Baumscheiben angelegt sind oder im jetzigen Fußgänger*innenbereich liegen, sollen, wo möglich, auf Parkplätze oder zumindest an die Straßenseite verlegt werden.
 - Platzgewinnung: Objekte (wie z.B. die Telefonzelle am Zülpicherplatz und Hohenstaufenring 66-70), die nicht mehr in Nutzung sind, sollen entfernt werden.
- Die Maßnahmen sind als Planungsbeschluss vorzulegen und in enger Abstimmung mit den Anlieger*innen, insbesondere der dort ansässigen Gastronomie, der IHK Köln, stylemille.cologne etc. umzusetzen. Für ein Reinigungs- und Instandhaltungskonzept sind AWB und das Ordnungsamt mit einzubeziehen.

Die bestehenden Flächen für die Außengastronomie sollen vom Umfang idealerweise erhalten bleiben, mindestens im Umfang der vor der Radwegverlagerung bestehenden Gastronomie.

Wenn Einzelmaßnahmen (wie Rigolen) mit längeren Planungszeiten verbunden sind, sollen kurzfristig umsetzbare Maßnahmen vorgezogen umgesetzt werden.

Die Maßnahmen sind ggf. an einer Baumscheibe vorgezogen als Pilotmaßnahme umzusetzen, um die Gestaltung und Akzeptanz zu erproben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung FDP.

(Herr Cremer und Herr Leitner sind nicht anwesend.)

5.2.7 Mittel für Klimaanpassungsmaßnahmen, gem. Antrag B90/Die Grünen und KlimaFreunde AN/1768/2023

Frau Cazier, B90/Die Grünen, bittet den Antrag aufgrund der Beratungen in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung wie folgt zu ändern: „Die BV Innenstadt bittet die Verwaltung, bei den Vorschlägen für die jährliche Verwendung der Stadtklima- und Stadtverschönerungsmittel in angemessenem Umfang, **möglichst mindestens die Hälfte der Mittel** für Klimaanpassungsmaßnahmen einzuplanen.“

Geänderter Beschluss:

Die BV Innenstadt bittet die Verwaltung, bei den Vorschlägen für die jährliche Verwendung der Stadtklima- und Stadtverschönerungsmittel in angemessenem Umfang, **möglichst mindestens die Hälfte der Mittel** für Klimaanpassungsmaßnahmen einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

5.2.8 Dringlichkeitsantrag zur schnellen Behebung der Baumängel in der Kita Gebrüder-Coblenz-Straße, gem. Antrag CDU, B90/Die Grünen, SPD, Die Linke, FDP, KlimaFreunde und Die Partei AN/1854/2023

Herr Schmitz, CDU, weist auf den Hilferuf einer Mutter hin, der diesen Antrag ausgelöst hat und dankt der Bezirksvertretung im Auftrag der Mutter für die breite Unterstützung.

Herr Fischer, B90/Die Grünen, ergänzt, dass er die Mail der Mutter auch bereits an die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln weitergeleitet hat.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz bittet die Verwaltung, schnellstmöglich die baulichen Mängel in der Städtischen Kindertageseinrichtung Gebrüder-Coblenz-Straße in Köln-Deutz zu beheben. Sie fordert umgehend eine Offenlegung hinsichtlich der baulichen Mängel sowie einen verbindlichen Zeitplan zur Behebung dieser Zustände.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

5.2.9 Installation von versenkbaren Pollern am Eigelstein, gem. Antrag SPD, B90/Die Grünen, CDU und Die Linke AN/1857/2023

Beschluss:

Am nördlichen Eigelstein in Höhe Thürmchenswall 4 / Eigelstein 122 sowie links und rechts der Querung des Eigelstein von Unter Krahenbäumen in Richtung Eintrachtstraße sollen versenkbare Poller installiert werden, um zu verhindern, dass Lkw und Pkw außerhalb der Ladezeiten (6-11 Uhr) verkehrswidrig auf den autofreien Eigelstein fahren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

(Herr Cremer ist nicht anwesend.)

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1.1 Veedelsblöcke für Köln - Stand der Planungen, Anfrage Grüne
AN/0153/2023**

**6.1.2 Tempo 30 wegen Lärm – Sachstand im Bezirk Innenstadt, Anfrage
B90/Die Grünen
AN/0244/2023**

**6.1.3 Evaluation der Kosten Karneval / Rund um die Zülpicher Straße / Innerer
Grüngürtel
AN/0425/2023**

**6.1.4 Anfrage Verkehrsmaßnahmen Belgisches Viertel, Anfrage B90/Die Grü-
nen
AN/0637/2023**

**6.1.4.1 Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Fraktion B90/Die Grünen
aus der Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 27.04.2023
(AN/0637/2023) betreffend "Verkehrsmaßnahmen Belgisches Viertel"
2370/2023**

**6.1.5 Sachstand Verkehrsberuhigung und Begrünung Kaesenstraße (Antrag
AN/0643/2021 aus 2021), Anfrage B90/Die Grünen
AN/0814/2023**

**6.1.6 Sachstand Entsiegelung und Umbau Maternuskirchplatz 2023, Anfrage
B90/Die Grünen
AN/1451/2023**

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

**6.2.1 Zukunft des Rheingartens nach Kragplatte und Fußball WM 2024, An-
frage B90/Die Grünen
AN/1772/2023**

**6.2.2 Stand der Planungen Eierplätzchen, Anfrage B90/Die Grünen
AN/1814/2023**

- 7 Mündliche Fragen an die Verwaltung**
 - 8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
 - 9 Mitteilungen der Verwaltung**
 - 9.1 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - „Bonner Straße - zwischen Chlodwigplatz und Bonner Wall - Einrichtung einer 30er Zone“, AZ.: 35/23 1971/2023**
 - 9.2 Sachstandsbericht zum Prozess "Postkoloniales Erbe der Stadt Köln" 1416/2023**
 - 9.3 21. Statusbericht zum Ausbau der Kindertagesbetreuung in Köln 2205/2023**
 - 9.4 Bildungslandschaft Altstadt/Nord Baufeld A Hansa-Gymnasium - Sachstand Stand 1. August 2023 2326/2023**
- Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass auf Nachfrage des Bürgeramtes Innenstadt auch noch ein Sachstandsbericht zur Sporthalle Adolf-Fischer-Straße erfolgen wird. Danach soll die Fertigstellung der Arbeiten an der Sporthalle für 2023 angestrebt werde.
- 9.5 Sachstand "Umsetzung durchgehender Achsen für den Radverkehr" (gemäß AN/2374/2021) 2560/2023**
 - 9.6 Gesetz zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren – Umsetzung in Beteiligungsverfahren der Bauleitplanung – 2610/2023**
 - 9.7 Weiterführung der ISG Severinstraße als freiwilliger Zusammenschluss 2619/2023**
 - 9.8 Deutzer Hafen: Das Vermarktungs- und Realisierungskonzept als Leitfaden zur Baufeldentwicklung 2668/2023**

Frau Wienke, Die Linke, fragt, ob die finanzielle Offenlage umgestellt werde, da nun Ende 2023 die Zahlen von Ende 2022 vorgelegt wurden.

- 9.9 Aufstellung einer Mobiltoilette im Bereich Skulpturenpark Riehler Straße 2745/2023**

**9.10 RadPendlerRouten-Netz Köln
2810/2023**

**9.11 Auswertung der Beschlüsse der Bezirksvertretungen - Transparenz Finanzvolumen - Auftrag aus der Kommission zur Stärkung der Bezirke, hier: Bezirksvertretung Innenstadt 01/2021 bis 08/2023
3023/2023**

Frau Cazier, B90/Die Grünen, regt über die Aufführung der beschlossenen Maßnahmen die Ergänzung um die realisierten Maßnahmen an, da viele Maßnahmen zwar beschlossen, aber noch nicht umgesetzt wurden.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, bittet darum, dass der Bezirksbürgermeister in der Kommission zu Stärkung der Bezirke darauf hinweist. Das Bürgeramt Innenstadt habe die vom Amt der Oberbürgermeisterin vorgegebene Aufstellung gefertigt und anstatt nur eine Gesamtsumme zu nennen, um die jeweiligen Beschlussdaten ergänzt. Damit soll dargestellt werden, dass die Bezirksvertretung in Wirklichkeit über deutlich mehr als nur die bezirksorientierten Mittel und die Stadtklima- und Stadtverschönerungsmittel entscheide.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke führt aus, dass diese Darstellung eine Reaktion auf die Forderung der Bezirksbürgermeister mehr Geld für Projekte zu erhalten sei. Es wäre hilfreich den Wunsch der Bezirksvertretung als Antrag zu formulieren.

**9.12 Ergebnis des Realisierungswettbewerbs "Colonus Nord" in Köln-Neustadt/Nord
2775/2023**

**9.13 UEFA EURO 2024 "Football Experience"
3030/2023**

**9.14 Urban Sports. - Gesamtkonzept, Bedarfsplanung von öffentlichen BMX-, Skate- und Parkour-Anlagen
3038/2023**

**9.15 Weihnachtsmarkt auf dem Friesenplatz
3018/2023**

**9.16 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion betreffend der Benennung von Straßen nach Frauen und Männern im Stadtbezirk Innenstadt einschließlich Deutz
2670/2023**

**9.17 Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Deutzer Hafen: Fragen zur Kosten- und Finanzierungsübersicht, Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu AN/1652/2023 aus der Sitzung vom 31.08.2023
3058/2023**

- 9.18 Deutzer Hafen: Kosten- und Finanzierungsübersicht zur städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (Stand 31.12.2022)
2425/2023**
- 9.19 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Ausstattung des am Neumarkt geplanten Brunnens mit einer Nachbildung des ersten Prinzenwagens (ein Delphin) als Wasserspender oder Brunnenelement“, Aktenzeichen 29/23 S
3164/2023**
- 9.20 Sachstandsbericht
3193/2023**

gez. Hupke
Bezirksbürgermeister

gez. Brohl
Schriftführerin